

Anfrage: Klimaextremismus in Magdeburg

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin Borris,

Die CDU-Ratsfraktion möchte nicht, dass „Blockaden“ wie in Berlin hier in Magdeburg die Regel werden. Neben der öffentlichen Ordnung gefährdet es die Sicherheit und die Gesundheit von Bürgern. Ausgelöst durch solche Aktionen kommt es durch Auffahrunfälle und die Blockade von Rettungswegen bzw. Rettungsfahrzeugen immer wieder zu Sach- und Personenschäden. Das darf es in Magdeburg nicht geben: Kein Magdeburger Bürger darf gefährdet werden! Und auch Anschläge auf Kunst und Kultur darf es in Magdeburg nicht geben.

Am 21. November haben sich sogenannte „Klima-Aktivisten“ nach vorheriger Ankündigung und trotz sich vor Ort befindlicher Polizei auf die Straße geklebt.

Wie die Volksstimme in einem Live-Ticker berichtete, klebten sich um 8.05 Uhr zwei, später noch ein dritter der „Aktivisten“ fest. Zum ablösen wurde ein Arzt angefordert. Erst um 11.00 Uhr – knapp drei Stunden nach Beginn der Straftaten - konnten Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit wiederhergestellt und die massiven Beeinträchtigungen und Gefährdungen beendet werden.

Bereits im Mai 2022 thematisierte die CDU-Ratsfraktion mit einer Anfrage diese Formen des Klimaextremismus. Plakate der „Letzte Generation“ waren illegal in der Stadt u.a. an Bushaltestellen mit Kleister angebracht worden. Zeitgleich gab es Presseberichte, wonach Mitglieder dieser Gruppe in der Börde bei Elbeu eine Ölpumpe manipuliert und einen „Sachschaden von mindestens 70.000 Euro“ verursacht haben.

In einer Stellungnahme antwortete die Verwaltung (S0297/22).

Auf die Frage nach der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit:

„Die Stadtverwaltung, hier das Ordnungsamt, plant zu dieser Art von Straßenblockaden keine Maßnahmen oder Reaktionen, weil es sich hierbei um Versammlungsrecht und Straftaten (z.B. Nötigung) handelt. Hierfür ist in Magdeburg die Polizei zuständig. Die Polizeidirektion Magdeburg, Stabsbereich Verwaltung, Sachgebiet Recht/Personal -Versammlungsbehörde - sieht derzeit keinen Handlungsbedarf.“

Auf die Frage zur Sicherheit der kritischen Infrastruktur antwortet die Verwaltung: „Die Städtischen Werke Magdeburg GmbH & Co. KG stehen in Kontakt mit der Polizei. Relevante Informationen sind ausgetauscht.“

Dazu fragen wir die Oberbürgermeisterin:

1. Konnten die Täter der illegalen Plakatierung, nach den Strafanzeigen von den Verkehrsbetrieben und vom Tiefbauamt mittlerweile ermittelt werden?
2. Wurden den Tätern die Reinigungskosten in Höhe von 1.051,43 Euro in Rechnung gestellt und welche weiteren Strafen wurden verhängt?
3. Warum konnte die Blockade nicht verhindert bzw. sofort unterbunden werden, obwohl die Blockade einige Tage vorher angekündigt wurde und Polizei mit Kräften vor Beginn der Blockadeaktion vor Ort an der B1 war?
4. Die von der CDU-Ratsfraktion im Mai 2022 antizipierte Entwicklung wurde erkennbar von der Stadtverwaltung verharmlost bzw. ignoriert. Wie plant die Stadt nun nach der ersten Straßenblockade in Magdeburg künftig auf sehr wahrscheinliche Straßenblockaden durch Mitglieder der „Letzte Generation“ oder anderer

Gruppierungen zu reagieren, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten?

5. Die Dauer von drei Stunden für die Ablösung und damit die Auflösung der Blockade bei gerade einmal drei „Aktivisten“ ist indiskutabel. Wie wird bei möglichen künftigen „Blockaden“ eine deutlich schnellere Auflösung bzw. Ablösung gewährleistet?
6. Welche Maßnahmen werden nun endlich ergriffen, um kritische Infrastruktur im Stadtgebiet (z.B. Öl- und Gaspipelines) vor wahrscheinlichen Manipulationen von Mitgliedern der „Letzte Generation“ zu schützen und gibt es neue „relevante Informationen“?
7. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um das Kulturhistorische Museum, das Museum für Naturkunde, das Kunstmuseum Kloster Unser Lieben Frauen, das Dommuseum Ottonianum, das Technikmuseum, die Gedenkstätte Moritzplatz, das Magdeburger Friseurmuseum, die Schiffmeile (u.a. den Elbschleppdampfer „Württemberg“ und den Kettenschleppdampfer „Gustav Zeuner“) vor mutwilliger Zerstörung der „Letzte Generation“ zu schützen?

Wir bitten um eine kurze mündliche Antwort und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Wigbert Schwenke
Fraktionsvorsitzender

Matthias Boxhorn
Stadtrat CDU-Ratsfraktion